



1. Mai: Giff-Ei (raus)geworfen

Auf der gewerkschaftlichen 1.-Mai-Demonstration war die Regierende Bürgermeisterin Giffey (SPD) als Sprecherin eingeladen. Doch ihre Rede ging in Pfeifen, Buhrufen und Sprechchören unter, zwei Eier flogen in Richtung Bühne. Sie wollte über Demokratie, faire Arbeitsbedingungen und Bezahlung sprechen. Doch dass das nur verlogen sein kann, war Vielen im Publikum bewusst.

Giffey ist seit 5 Monaten im Amt, aber insgesamt ist die rot-rot-grüne Koalition seit 2016 an der Macht. Und die Arbeitenden – insbesondere im Öffentlichen Dienst, für den der Senat ja direkt verantwortlich ist – haben allen Grund sauer zu sein.

Die Situation in den Krankenhäusern

Die Beschäftigten im Gesundheitswesen sind immer wieder vom Senat verarscht worden. Die sogenannten „patientenfernen“ Tätigkeiten sind bei Charité und Vivantes in Tochtergesellschaften ausgelagert um die Löhne zu drücken. Schon im Koalitionsvertrag vor 5 Jahren wurde versprochen, solches Outsourcing zu unterbinden und die Löhne an den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes (TVÖD) anzugleichen. Doch Pustekuchen! Die Tochtergesellschaften bestehen weiterhin und sie bezahlen nach wie vor weit unterhalb des TVÖD. Lange Streiks bei der Charité-Tochter CFM und bei den Vivantes-Töchtern im Rahmen der Berliner Krankenhausbewegung waren notwendig, damit überhaupt Tarifverträge abgeschlossen wurden. Beim „Labor Berlin“ gab es nicht einmal Verhandlungen über einen Tarifvertrag.

Bei den Vivantes-Töchtern wird bis heute zum Teil unterhalb des Berliner Mindestlohns bezahlt. Denn obwohl die von der Krankenhausbewegung erkämpften Tarifverträge zum Januar 2022 wirksam wurden, hapert es mit der Umsetzung: Viele Beschäftigte haben immer noch keine Lohnerhöhung gesehen! Unter der Rückendeckung des Berliner Senats.

Giffey vertritt die Interessen der Immobilienhaie

Wie soll man mit solchen Löhnen die seit Jahren explodierenden Mieten bezahlen? Deshalb haben 59,1 % der Berliner:innen im September für den Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ gestimmt. Doch Giffey ist das egal. Sie hat noch vor der Wahl erklärt, Enteignungen seien eine „rote Linie“. Natürlich nicht Enteignungen zum Weiterbau der Stadtautobahn A 100. So etwas ist normales Tagesgeschäft, es gibt sogar extra eine Berliner Enteignungsbehörde.

Und die Bundesregierung ist auch fix mit einer geplanten Gesetzesänderung, um gegebenenfalls die

Raffinerie in Schwedt enteignen zu können, die der russischen Rosneft gehört. Für den Wirtschaftskrieg gegen Russland sind Enteignungen „zur Sicherung der Energieversorgung“ also in Ordnung. Aber was ist mit der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum, der genauso gebraucht wird wie Energie?! Da geht es um die Enteignung von Immobilienkonzernen, die sich auf Kosten der Mieter:innen – und durch die Privatisierungspolitik der rot-roten Landesregierung Anfang der 2000er Jahre – eine goldene Nase verdient haben. Da ist Giffey klar dagegen. Und so wurde der Volksentscheid an eine „Expertenkommission“ verwiesen, die sich letzte Woche zum ersten Mal getroffen hat und in Ruhe prüfen soll, ob überhaupt und so...

Und dann auch noch dieser „Klassen“kampf

Die Berliner Lehrkräfte – und alle Eltern von Schulkindern – haben ihrerseits Grund zur Wut: Alle drei Regierungsparteien haben in ihren Wahlprogrammen kleinere Klassen versprochen, denn auch Lehrer:innen sind so überlastet, dass sie guten Unterricht kaum noch gewährleisten können. Doch passiert ist nichts, weshalb Lehrkräfte am 7. April gestreikt haben. Giffey's Kommentar: Dass „wir hier von massiv verkleinerten Klassen sprechen bei eigentlich einer Situation, die immer noch Lehrermangel heißt, das sehe ich ehrlich gesagt jetzt gerade nicht.“ Stattdessen sei „eine Zeit des Zusammenrückens“ angesagt, um auch die ukrainischen Flüchtlingskinder noch zu beschulen. Dabei ist der Mangel an Lehrkräften seit Jahren bekannt und genauso hausgemacht wie der Mangel an Pflegepersonal: Wenn 100 Milliarden in den öffentlichen Dienst gesteckt würden, statt in Ausrüstung, könnte schnell Abhilfe geschaffen werden. Sinkende Arbeitsbelastung würde hier viele neue Arbeitskräfte anziehen.

Giffey war empört, dass sie nicht angehört wurde und den Gewerkschaftsspitzen war es peinlich. Dabei ist der eigentliche Skandal, dass sie überhaupt eingeladen wurde zum Kampftag der Arbeitenden, die in Berlin den Senat von Giffey gegen sich haben. Die Sprechchöre und Eier hat sie mehr als verdient!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Zeit für Zwangsbremmung

100 Euro Extrazuschuss verkündet die EVG angesichts der Teuerungsrate. Joahh. Dazu soll es den nur für EVG-Mitglieder geben...

Die Preisanstiege jetzt sind nur der Anfang. Die Preise für gewerbliche Produkte sind letzts um 30,9% gestiegen, da könnte noch was auf uns zukommen. Dass die Heizkostennachforderungen nächstes Jahr hochgehen könnten, ist schon angekündigt.

Was tun? Die nächsten Tarifverhandlungen sind weit weg. Die letzten Erhöhungen waren mickrig. Und die Laufzeiten der Tarifverträge zu lang. Das sind die Lehren aus den letzten Tarifrunden. Die Löhne müssen mit den Preisen mitsteigen. Da gibt es nix abzuwarten. Und 400 oder 500 Euro mehr im Monat für alle, fest und als Mindestlohnerhöhung würde alle Bahner:innen in dem undurchsichtigen Dschungel der Entgelttabellen in den Bahntöchtern und Subfirmen vereinen. Lutz und Huber haben eine Lohnerhöhung von 65.000 und 90.000 bekommen...

FairnessPlan

Dieser Rausschmiss von GDL-Mitgliedern aus dem FairnessPlan, den die DB durchgesetzt hat, ist eine große Ungerechtigkeit. 156 Euro für Urlaub, Brille, Kur waren angenehm und einfach zu bekommen.

Wir haben nicht nur das TEG aufs Auge gedrückt bekommen, sondern die Bahn lässt uns mit diesem Schachzug praktisch die Lohnerhöhung bezahlen. Andererseits beschränkt sich die GDL-Obrigkeit auf den Rechtsweg, da weiß man nie, wann was rauskommt. Vielleicht ist das Gesetz ja doch verfassungswidrig, wäre ja nicht das erste Mal. Aber bis dahin sollen wir uns mit der Rolle der Zuschauer begnügen, ruhig bleiben und weiter arbeiten?

Das „unbefriedigend“ zu nennen wäre die Untertreibung des Monats

Gewitterwolke hat sich entladen

So wie bei der Bahn gibt es auch bei den Vivantes-Tochterunternehmen Verärgerung, weil die Krankenhausleitung mit den Tarifverträgen, die letztes Jahr erstreikt wurden, macht was sie will. Die Kolleg:innen haben also Unterschriften gesammelt (ungefähr 850 waren in kurzer Zeit zusammen gekommen) und letzte Woche vor der Vivantes-Zentrale den verantwortlichen Berliner Senatoren aufgelauert. Die Gesundheitssenatorin wurde gezwungen zuzuhören, der Finanzsenator wählte selbst ganz mutig die erste Tür... Die Kolleg:innen lassen nicht alles mit sich machen. Nice.

9 Euro-Ticket

Ist natürlich super. Aber wird auch kein Problem, denn die Chefetagen sind positiv. Die Politik auch. Nichts ändert sich, aber alles wird besser!

Peace-washing

Angesichts der katastrophalen Situation in der Ukraine und der drohenden Schwierigkeiten für Getreidelieferungen präsentiert sich die DB mit einer neuen Geste der Solidarität: einer Schienenbrücke und einer Getreidebrücke. DB Cargo macht einen auf Heilsbringer. Das ist verdächtig.

Die DB ist dicke im Geschäft mit Militärtransporten. Der Schienentransport ist tragende Säule in der Logistik der Bundeswehr und der Rüstungsunternehmen. Nikutta rühmte vor einem Jahr in einem Interview mit der Zeitung „Wehrtechnik“ das „Rundumsorglospaket“ von DB Cargo für die Bundeswehr und andere Streitkräfte. Sie plauderte über den guten Kontakt, als ginge es um die Lieferung von Nudeln und Klopapier. Die Militärtransporte werden wie alle anderen Transporte abgewickelt, immer sehr diskret, ohne besonders aufzufallen. Aber seit 2019 gibt es einen „Rahmenfrachtvertrag“ zwischen DB und Bundeswehr. Seitdem die NATO beschlossen hat, sich beschleunigt Richtung Osten auszubreiten und es mehr Manöver gibt, ist Deutschland zur Drehscheibe von Militärtransporten in Europa geworden, auf der Schiene und mit LkW. Wie groß ist der Anteil der DB und was wird daran verdient? Nicht so wenig, wenn man sieht, wie die Bahn bemüht ist, sich ein kornblumenblaues-sonnenblumiges Image zu geben.

Wo der Stahl herkommt

Regio hat angekündigt, dass sie die Dosto-Züge schonen wollen. Denn die Bahn hatte mal die Produktion von Achsen und Radreifen in die Ukraine ausgelagert: das Stahlwerk steht in Mariupol.

Durch den Krieg erfahren wir, wo große Konzerne überall so produzieren lassen. Die arbeitenden Menschen dort sind uns oft näher, als man ahnt...

Ausschreibung unterm Radar

Was ist eigentlich der Stand mit der Ausschreibung der S-Bahn? Da war doch was... Ein paar „Interessenten“ hatten sich gemeldet und dann wurde rumverhandelt. An den endgültigen Angeboten wird also fleißig gepinselt. Die machen sich gerade ne Platte, wo noch die Daumenschraube angesetzt werden kann. Ein Dutzend Leute mehr oder weniger macht vielleicht den Unterschied. Pullerpause? Mittagspause mit ordentlich am Tisch sitzen und vom echten Teller essen? Ist dann eben nicht. Wenn man ständig das Gefühl hat, mit dem frühen Anfangen und langen Diensten ausgelutscht zu werden, dann ist das Teil des Planes. Die letzte Ausschreibung bei der BVG für Buslinien mit den großen Problemen ist auch eine Warnung mehr.

Der Senat will (laut Plan) am Ende dieses Jahres den Zuschlag erteilen.

Ein bisschen Gegenwind von Bahner:innen könnte die „Interessenten“ erschrecken.

Wenn dir das Flugblatt gefällt, dann gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter und schreib an:

flugblatt_bahn@gmx.de || www.zugfunke.sozialismus.click || Facebook: Der Zugfunke

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin